

Wie ist qualitatives Wachstum möglich?

6. Gespräch:

Rolle, Perspektiven und Aufgaben von Europa im globalen Kontext:  
Neue Schlüsseltechnologien, politische und soziale Rahmenbedingungen,  
Unternehmensstrukturen, Probleme der Integration von Ost- und Südosteuropa.

Perspektiven und Chancen für eine ökologische Modernisierung Europas

Prof. Dr. Klaus Töpfer

Sie haben mich nach Perspektiven und Chancen für eine ökologische Modernisierung Europas gefragt. Blicken wir etwas zurück. Von Europa ist ganz unstrittig die industrielle Revolution ausgegangen. Viele Teilbereiche, Teilentwicklungen haben dazu beigetragen, nicht nur technologische Entwicklungen wie die Dampfmaschine, sondern auch viele administrativ-institutionelle Entwicklungen dieser Zeit, vieles, was im ökonomischen Bereich gedacht worden ist – von Adam Smith oder David Ricardo. Vieles ist hinzugekommen, so sagen uns kritische Betrachter, was sich etwa aus der religiösen Grundlage des Christentums ableitet. Viele haben uns vorgeworfen, daß eine Religion, die den Schöpfungsauftrag mit der Aufgabe verbindet, sich die Erde untertan zu machen, offenbar in ganz besonderer Weise prädestiniert ist für die Umsetzung dieses Auftrages. Sie entwickelt Steinbruch-Vorstellungen, um die wachsenden Einsichten in die Bausteine von Natur und Leben in materielle Wohlstandssteigerung umzusetzen.

Wir haben uns immer und immer wieder mit unseren Theologen auseinandergesetzt, die sich den Vorwurf gefallen lassen mußten, daß sie über lange Zeiten hinweg eine rein anthropozentrische Theologie entwickelt haben und erst in jüngerer Zeit auf eine Schöpfungstheologie zurückgekommen sind und erkannt haben, daß eben nicht nur der Auftrag bestand, sich die Erde untertan zu machen, sondern daß – wenn man etwas weiter in Genesis liest – dort auch steht: „und er setzte ihn in den Garten Eden, auf daß er ihn bebaue und bewahre“. Bebauen und bewahren lautet also der gesamte Auftrag.

Wenn man mich fragt, was nachhaltige Entwicklung ist, dann sage ich: es ist bebauen und bewahren. Es ist das, was Michael Meyer-Abich einmal mit Blick auf das Gärtnern gesagt hat: das Gärtnern ist mehr als nur das Letzte aus dem Boden rauszuholen. Ich finde, das ist wirklich eine gute Formulierung. Bebauen heißt kultivieren. Wenn wir uns darüber einig sind, daß wir nicht mehr in der Natur-, sondern in einer Kulturlandschaft leben, dann leben wir in der gebauten, in der bebauten Landschaft und wir haben diese Landschaft bebaut vom Ackerbau über den Waldbau und Wasserbau bis zum Straßen-, Städte- und Wohnungsbau. Wir haben also kultiviert und müssen uns bei dieser Bebauungstätigkeit fragen, inwieweit wir dabei alle damit verbundenen Auswirkungen berücksichtigt haben.

Ein Beispiel sind heute nicht mehr funktionsfähige nachbarschaftliche Strukturen. Unsere Städtebauer, unsere Architekten sind über viele Jahre und Generationen unter der Vorstellung der Charta von Athen erzogen worden. Sie sind erzogen worden, zu sagen: wir müssen Funktionen auseinandernehmen, weil sie nicht nachbarschaftsverträglich sind. Unsere Baunutzungsverordnung ist bis zum heutigen Tag ein Beleg dafür, daß wir eigentlich ökologisch gescheitert sind, weil man offenbar immer noch der Meinung ist, in einem Gewerbegebiet könne man nicht wohnen. Bei den Menschen, die noch im handwerklichen Bereich tätig waren – das können wir in den alten Stadtstrukturen sehen – waren die Funktionen noch nachbarschaftsverträglich und konnten vermischt werden. Dadurch konnte Verkehr eingespart werden. Denn Verkehr entsteht immer und überall aus der Trennung von Funktionen. Wo Sie Funktionen wieder zusammenführen können, können Sie Verkehr sparen. Also wenn wir resignieren vor der Nachbarschaftsverträglichkeit von Funktionen, ziehen wir Funktionen auseinander und werden Verkehr erzeugen – und damit natürlich auch Landschaft und Fläche in Anspruch nehmen. Ich bin und bleibe der Überzeugung, wenn wir hier nicht eine Veränderung erreichen, werden wir an manchen Stellen wirklich nur an den Symptomen korrigieren und nicht an die Ursachen herankommen.

In der klassischen Weiterentwicklung marktwirtschaftlichen Denkens – deswegen habe ich am Anfang nicht zufällig Adam Smith und David Ricardo angesprochen – haben wir so etwas wie eine Begrenzung der Kalkulationsnotwendigkeiten von Haushalten und Unternehmen. Sprich: wir denken in diesen Bereichen zunächst einmal linear und unter ceteris-paribus-Bedingungen, wie wir das als Ökonomen überall gelernt haben. Ceteris paribus heißt: es gibt Randbedingungen, die ich als extern annehme und in meinen Kalkulationen und meinen Modellbildungen nicht zu berücksichtigen habe. Die Frage, was aus einem Modell herauskommt, hängt entscheidend davon ab, was ich zum ceteris paribus machen kann. Wir denken dabei offenbar, daß die Kalkulationsweite begrenzt bleibt wenn wir ceteris paribus akzeptieren. Will heißen: wir denken linear und geben irgendwo Verantwortlichkeit mit ab. Dies ist ökonomisch und ökologisch mit Problemen verbunden. Ökonomisch, weil Sie ganz offenbar das, was Sie als ceteris paribus definieren, gleichzeitig zu einem freien Gut in der Kalkulation machen. Da Sie es nicht einbinden, ist es vorgegeben, und Sie können und müssen es nicht mehr in gleicher Weise betrachten. Es gibt so etwas bereits im kommunalen Bereich. Ein Beispiel dafür ist, daß es so etwas wie einen Standortvorteil der kommunalen Grenze für umweltbelastende Einrichtungen gibt. Wenn Sie fragen, wo die Kläranlage liegt, dann wissen Sie in etwa, wo die Gemeindegrenzen sind. Und dann wissen Sie in etwa auch, wie die allgemeine Windrose in dieser Region ist. Sie geben ein Stück mit ab. Und Sie können den anderen also kosten. Und das nennen wir im allgemeinen – wenn Sie es in der Ökonomie weiterführen – Externalitäten, die wir in den verschiedensten Bereichen gehabt haben, die wir in hohem Maße auch erforscht haben – wenn ich an Musgrave und andere denke. Und wenn Sie an das Buch von Kapp „The social costs of private enterprise“ denken, alles Dinge, die gar

nicht überraschend sind, eigentlich aber weniger auf den ökologischen, auf den Umweltrahmen ausgerichtet waren, sondern auf social costs.

„Abhängigkeiten von Produktions- und Konsumfunktionen“ sagen die Ökonomen dazu – damit man es möglichst nicht so gut verstehen kann. Ganz konkret gibt es so etwas wie eine andere Umweltmentalität der unteren Anlieger an einem Fluß gegenüber den oberen Anliegern. Je weiter Sie unten an einem Fluß liegen, um so mehr haben Sie die Hoffnung, daß der obere Anlieger auch darauf achtet, daß Ihre Produktions- und Konsumfunktionen mit Blick auf das Wasser nicht verschlechtert werden. Denn was er oben nicht gereinigt hat, müssen Sie unten reinigen – und im Zweifel mit höheren Kosten, weil Sie schon vermischt haben. Je weiter Sie vermischt haben, um so größer werden die Kosten, um es wieder zu reinigen. Das heißt, Sie begrenzen Nutzungsmöglichkeiten, indem Sie dem Nachbarn Belastungen mitgeben.

Als ich noch in Bonn als Umweltminister war, sprach ich mit dem damaligen tschechoslowakischen Umweltminister über die Elbe und Elbeprogramme. Er sagte in diesem Zusammenhang den schönen Satz: „Wir sind das Dach Europas. Will sagen: von uns fließt alles weg. Es wird so viel über japanische Umweltpolitik gesprochen. Sie werden in Japan nur sehr bedingt Kläranlagenbeispiele finden können, von denen man sagt „das ist etwas“. Bringen Sie mal den Engländern bei, sie sollen eine emissions- und nicht eine imissionsorientierte Gewässerpolitik machen. Das ist sehr schwer.

Dies hat Konsequenzen, die wir an manchen Stellen noch gar nicht richtig einschätzen. Es hat nämlich Konsequenzen bis hin zu neuen Spannungstatbeständen in der Welt. Denn wenn Sie das weitergeben, resultieren daraus natürlich – wenn Sie so wollen – Vorwurfs-Haltungen. An anderer Stelle habe ich einmal gesagt: es gibt so etwas wie eine Regionalisierung der Vorteile und eine Globalisierung der Nachteile des technischen Fortschritts. Wenn das aber so ist, dann werden die, die die Nachteile tragen und das hinterher merken, das auf Dauer nicht kampf- und diskussionslos hinnehmen. In Rio haben wir von unseren Kollegen und Kolleginnen aus den Dritte-Welt-Ländern eigentlich genau dieses immer wieder vorgehalten bekommen: „Ihr nutzt die Vorteile technischen Fortschritts und legt uns die Nachteile vor die Haustür. Ihr emittiert CO<sub>2</sub> durch massenhafte Nutzung verschiedener Brennstoffe und die damit verbundenen globalen Risiken fürs Klima tragen wir alle. Ohne Zweifel wir im Süden noch mehr als Ihr. Ihr nutzt FCKW und bei uns im Süden geht die Ozonschicht kaputt. Wir haben die Nachteile, ihr habt die Vorteile“. Und so können Sie das an vielen Stellen fortführen. Deswegen habe ich mir immer erlaubt darauf hinzuweisen, daß ich so etwas wie eine Parallelität des Rio-Prozesses und des Helsinki-Prozesses gesehen habe. Auch der Rio-Prozeß ist ein Prozeß von Zusammenarbeit und Abrüstung. Ich sage das wirklich in dieser Dimension. Und ich halte es für den Friedensprozeß der Zukunft. Wenn wir das nicht in den Griff bekommen, werden wir mit dieser Abwälzungsmentalität viele Entwicklungsmöglichkeiten bei anderen begrenzen. Wir haben diese Gesamtdiskussion etwa in der Wüstenbildung massiv auf dem Tisch. Wir sind glücklicherweise dazu gekommen, jetzt in Paris eine Konvention gegen die Wüstenbildung zu finalisieren. Nur

die damit verbundenen Erwartungen derer, die von Wüstenbildung bedroht sind, sind natürlich da nicht mit drin. Wir werden also dort noch gewaltig gefragt.

Ich möchte so etwas wie einen Abrüstungsprozeß auch hier haben. Insofern ist für mich ein Satz aus einem Artikel von Herrn Adam ein Schlüsselsatz: „Wir haben die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen in den Griff bekommen, aber die Ausbeutung der Natur durch den Menschen noch nicht“. Mir geht es darum, das deutlich zu machen, einfach auch deswegen, damit niemand glaubt, das sei eine modische Arabeske, der man sich mal hingibt, wenn es sonst keine Probleme gibt. Haben wir aber Arbeitsmarktprobleme oder anderes, vergessen wir das erst mal. Dann dürfen wir ja niemanden überfordern. Wir überfordern andere. Das ist meine Grundproblematik. Und es kommt natürlich eines aus dieser Linearität und dem fehlenden Verantwortungsdenken hinzu. Es kommt hinzu, daß sich damit auch nur in dem Teilbereich, den ich betrachte, Preise entwickeln können. Wir haben in der ökonomischen Theorie ja viel darüber zu diskutieren gehabt, mit dem „exclusion prinziple“, daß es bestimmte Leistungen gibt, von denen man niemanden ausschließen kann. Wenn Sie niemanden ausschließen können, gibt es eigentlich keine Preissetzung. Es gibt keinen Ausschluß von frischer Luft. Entweder ist sie da oder nicht. Es gibt kein Ausschlußprinzip von Natur. Da gibt es welche, die sagen, „wir müssen Eintritt nehmen“ oder sonst was. Aber es gibt Ausschlußbereiche, es gibt also auch Teilbereiche, die wir in Kosten nicht beachten – wiederum also Externalitäten.

Nur eines muß man ganz ökonomisch festhalten: in der Marktwirtschaft gilt generell, daß die Struktur von heute ein Reflex der Preise von gestern ist. Die Strukturen von heute sind die eingefrorenen Preise von gestern. Denn Preise sind ja Entscheidungssignale. Es sind Knappheitsindikatoren. Sie lenken die Entscheidungen. Wenn wir diese Funktionen Preisen zuweisen, dann müssen wir die daraus resultierende Struktur als eine preisbedingte Struktur erkennen. Ein Beispiel dafür: sage mir, wie viele Selbstbedienungseinzelhandsläden Du auf der grünen Wiese hast, und ich sage Dir, wie teuer bei Dir Arbeitskraft und wie billig Verpackung und Entsorgung sind. Natürlich substituieren sie im Selbstbedienungsladen Arbeit durch Verpackung. Nichts anderes. Und wenn Verpackungen billig und Arbeitskräfte teuer sind, dann wird man das exzessiv machen. Und wenn die Entsorgung nicht in den Verkaufspreisen enthalten ist, dann sind das eben abgewälzte Kosten.

So können Sie das an jeder Ecke sehen. Eine Entwicklung von Siedlungen ist überhaupt nur denkbar bei einer Preissetzung für individuelle Mobilität, wie sie in der Vergangenheit gewesen ist. Sie haben also bestimmte Strukturen als Ergebnis bestimmter Preise. Und wenn es darum geht, das zu ändern, muß man wissen, daß man durch Preisänderung bisherige Investitionen falsch macht. Und da muß ich mich fragen, in welchen Anpassungsschritten zeitlicher Art ich das ökonomisch und auch mental umsetzen kann. Das ist der entscheidende Punkt. Denn derjenige, der in München arbeitet und bei einer bestimmten Autobahnanbindung und bei bestimmten Benzinpreisen sagt „Es ist

für mich rational, außerhalb von München zu leben und zu wohnen“, kann nicht kurzfristig reagieren. Er hat andere Anpassungsfristen. Auch hier, glaube ich, sprechen die Ökonomen von der Kostenremanenz: es bleiben Kosten offenbar zunächst erhalten, selbst wenn ich die Randbedingungen verändere.

Mittel- und langfristig sind alle Kosten flexibel. Also müssen wir uns fragen, wie die Anpassungszeiten sind. Wiederum ökonomisch: wie sind die Reinvestitionszyklen? Natürlich ist es für die Umgestaltung, auch im ökonomischen Bereich, sehr viel sinnvoller, auch wirtschaftsverträglicher, wenn ich mich in die Veränderung von Strukturen, in die Reinvestitionszyklen, die ohnedies ablaufen, einbinden kann. Und deswegen ist es ja immer so wichtig, darauf hinzuweisen, daß mit dem Veralten einer Struktur eigentlich auch die Ökologie belastet wird. Wir müssen in die Reinvestitionszyklen hinein, und das gilt nicht nur in der privaten Wirtschaft, sondern weit darüber hinaus auch für die Reinvestitionszyklen von Haushalten. Ich glaube, man kann das an Dutzenden und Aberdutzenden von Beispielen erkennen. Also, ich brauche auch Strukturveränderung und muß mich damit über Zeitpläne verständigen. Es ist verständlich, daß dies ein ärgerlicher Vorgang ist.

Es gab einmal einen Schlager, der hatte den Refrain „ich will alles, ich will alles – und zwar sofort“. Das ist für junge Menschen glücklicherweise auch gegenwärtig noch die Grundhaltung. Es wäre schlimm, wenn es nicht so wäre. Denn diejenigen, die strukturertätig sind, sind sehr aktiv. Also muß jemand da sein, der auch in der Forderung ein Stück weitergeht, der sagt „ich will es sofort“. Wenn wir da nicht Rückendeckung bekommen, werden wir ganz erhebliche Schwierigkeiten haben, wenigstens das Mögliche zu verändern.

Wenn ich sage, daß wir durch eine solche Änderung nicht wirtschaftsgefährdend, sondern nur „strukturverändernd“ werden und in den neuen Strukturen genauso Wirtschaften wieder möglich ist, dann komme ich ein gutes Stück weiter. Vor allen Dingen auch dann, wenn ich deutlich machen kann, daß ohne eine solche Änderung in Produkten und Produktionsprozessen eigentlich die Märkte der Zukunft auch noch verspielt werden. In einer Welt, die pro Tag 280.000 Menschen mehr hat, wird sich auf Dauer ganz sicherlich ein Produkt, das energie- und/oder ressourcenintensiv ist, nicht halten können. Es kommt daher ganz entscheidend auf die Bepreisung der Faktoren an. Dort, wo Arbeit sehr teuer ist, werden Sie Produkte und Produktionsprozesse haben, die Arbeit sparenden technischen Fortschritt produzieren – wie schon am Beispiel der Verpackung erwähnt. Das ist ganz selbstverständlich. Dann werden Sie keine reparaturbezogenen Produkte mehr bekommen. Wenn ich meiner Frau sage „meine Schuhe sind kaputt“, sie soll sie zum Schuster bringen, sagt sie mir, ich solle mir besser ein paar neue kaufen, das sei billiger. Wenn Sie einmal, was Sie sicher schon mit Freude getan haben, von Deutschland aus nach Osten fahren, dann kriegen Sie ja so etwas wie Jahresringe deutscher Autos zu sehen. Sie kriegen sie immer weiter auch reparaturfähig. Wenn jemand sich einen halben Tag dransetzen kann, um so

etwas zu reparieren, ist das eine andere Sache, als wenn der halbe Tag praktisch nicht mehr bezahlbar ist.

Wir haben bisher Produkte entwickelt, die sehr viel stärker auf den Wettbewerbsnutzen ausgerichtet sind als auf Reparaturfreundlichkeit. Das ist schlicht und einfach nachvollziehbar aus der Bepreisung der Faktoren Arbeit und Ressourcen, wie wir sie haben. Wenn aber solche Produkte auf Dauer nicht gefragt sein können, dann müßten wir mit Blick darauf heute natürlich auch entsprechende Signale bei uns weitergeben. Wer die Umweltrationalisierung, den umweltsparenden technischen Fortschritt heute nicht macht, wird genauso Anpassungsprobleme bekommen wie diejenigen, die etwa im Europa der Nachkriegszeit versäumt haben, bestimmte soziale Anpassungsprozesse zu vollziehen. Sie haben dann hinterher Anpassungskrisen, die sehr viel stärker sind. Also auch hier, glaube ich, kann man ohne eine Vergewaltigung der ökonomischen Interessen zusätzliche Unterstützung finden.

Das, was ich über Strukturen und Preise gesagt habe, gilt natürlich auch mit Blick auf unsere internationale Ausrichtung. Das, was wir unter dem Problem der terms of trade, also der Austauschrelationen im internationalen Handel verstehen, ist natürlich auch eine Preisrelation, die in einer bestimmten Struktur ihren Ausdruck findet. Und wir haben in vielen Fällen natürlich wiederum genau dieselben Konsequenzen zu bedenken, die ich eben angesprochen

habe. Wir diskutieren bei der CSD in New York jährlich auch die Frage des „changing the consumption and production pattern“ – und das ist ja wohl auch im Zentrum unserer Fragestellung. Wenn man das einmal konkret weiterverfolgt, kriegt man sehr schnell massive Rückfragen gerade auch aus den Entwicklungsländern.

Ich habe das mal ganz unmittelbar erfahren. Es gab auf der schönen Insel Barbados die Konferenz der „Small Island Development States“. Das sind immerhin 38 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, kleine Inselstaaten, die sich zusammengeschlossen haben, auch unter ökologischen Bedingungen, um ihren Interessen mehr Gehör zu verschaffen. Da ich Kandidat für den CSD-Vorsitz war, war ich daran interessiert, auch diesen Staaten zu zeigen, daß wir uns für ihre Probleme interessieren. Ich war also kurz auf Barbados. Große Eröffnungsveranstaltung, wo von allen Seiten gegen den Konsum und die Verschwendungshaltung in den Industrieländern gewettert wurde. Insbesondere Fidel Castro hat ordentlich nachgelegt. Als Mitglied der westlichen Industriegesellschaft wurde man immer kleiner.

Dann bin ich zurückgefahren und habe mich in meinem Hotel umgesehen. Auf meinem Hotelschreibtisch lag ein dickes Bündel von Prospekten, zu welchen günstigen Preisen Europäer ihren Urlaub auf Barbados machen können. Ich habe unseren Honorarkonsul dort gefragt. Der hat mir gesagt pro Woche kommen 1.000 Deutsche nach Barbados und machen dort Urlaub. Da sie 14 Tage bleiben, ist ein Grundbestand von 2.000 Deutschen in Barbados. Vor dem Hintergrund der lautstarken Forderungen nach „changing the consumption pattern“ wirkt das natürlich etwas komisch. Diese Touristen sind alles, nur kein

„sustainable consumption“. Die sind massiv ökologisch subventioniert. Als wir nach Rio gingen, habe ich ähnliches in einem Interview bei der „Welt“ gesagt. Die haben dann daraus die Überschrift aufgemacht: „Reisen Sie in die Oberpfalz und nicht nach Mauritius“. Wir hatten daraufhin großen Ärger mit Mauritius, weil dort natürlich Strukturen geschaffen und massiv in den Tourismus investiert wurde. Die haben das als eines ihrer Entwicklungsziele gesehen. Wenn wir also hingehen und die Preise verändern, werden auch hier Strukturen falsch, müssen sich verändern und neu anpassen.

Deswegen ist es extrem wichtig, daß wir in der internationalen Diskussion auch diese Konsequenzen mit diskutieren und fragen „was tun wir denn an der Stelle?“ Ich gebe Ihnen noch ein Beispiel. Als ich mit meinem damaligen niederländischen Kollegen zu einem Umweltminister-Gespräch – auch mit Kollegen aus der Dritten Welt – zusammen war, sagte uns der damalige brasilianische Kollege, das sei so eine Sache mit unserem Papierrecycling. Das fände er nicht so ganz sustainable, denn sie wären jetzt gerade daran gegangen, mit großen Aufforstungsmaßnahmen, orientiert an „sustainability“, die Rohstoffe für die Papiererzeugung herzustellen, die ein wachsender Papiermarkt in der Welt benötigen wird. Und er fragte mich: „Was machen wir demnächst mit unserem Schwachholz wenn Du dauernd deinen Kreislauf schließt?“

Sie sehen: durch unsere Entscheidungen bewirken wir, daß bei uns – wie auch anderswo in der Welt – vorangegangene Entscheidungen nicht mehr stimmen. Und deswegen warne ich, wenn wir uns nur auf einer allgemeinen Abstraktionshöhe bewegen: changing the consumption pattern und Preise verändern - wer kann schon etwas dagegen haben? Wir müssen erkennen, daß daraus Konsequenzen folgen, die wir in tragbare zeitliche Abläufe umsetzen müssen. Wenn wir das nicht tun, kriegen wir bei uns soziale Brüche und Akzeptanzbrüche und international Spannungszustände mit enormen zusätzlichen Rückwirkungen.

Eines der zusätzlichen Themen, die wir haben, ist das Thema von trade and environment, Handel und Umwelt. Das, was wir in den GATT und UNO-Abkommen abgeschlossen haben, hat das eigentlich ausgeklammert. WTO hat jetzt eine Unterkommission zum Thema Handel und Umwelt gebildet. Denn wir stehen natürlich hier wiederum vor einer vergifteten Situation, weil viele in den Entwicklungsländern sagen „Ihr macht eure hohen Umweltstandards eigentlich nur, um eine nicht tarifäre Handelsselektion für unsere Waren zu bekommen. Und wir unterstellen ihnen wiederum: „Ihr macht ein environmental Dumping, damit ihr auf unseren Markt mit günstigen Preisen kommt.“ Man hat mir als Beispiel gesagt, daß unsere Entscheidung, bei Spanplatten die Formaldehydemission auf 0,1 Ppm zu vermindern, den Spanplattenhandel mit China beendet hat, weil die Chinesen keine Technik hatten, um solche Spanplatten herzustellen. Man hat dann hinterher Technologieexport betrieben, um das zu ermöglichen. Jetzt geht das wieder. Unser Verbot von PCP hat dazu geführt, daß unsere Lederimporte aus Indien drastisch vermindert wurden. Und so können Sie das weiterführen.

Sie können natürlich dann hingehen und sagen: „Das ist auch gut so, die

sollen auch dort nicht mehr mit PCP oder Formaldehyd arbeiten.“ Das ist richtig. Nur müssen wir die Anpassungsprozesse dabei mit bedenken. Und wir dürfen das nicht entkoppeln von einem Technologieexport, und zwar zu preferential terms, was immer das in der Umsetzung dann für Schwierigkeiten macht. Denn wir haben natürlich intellectual property rights. Das unterliegt ja nicht der freien Verfügung des Staates, sondern das sind Besitztümer und Rechte von einzelnen.

Ich möchte auf diese Probleme deswegen hinweisen, nicht um zu sagen, es sei ja alles so problematisch und sollte deshalb lieber so bleiben, wie es ist. Gerade auch aus internationaler Betrachtungsweise resultiert schlicht und einfach, daß derjenige, der das weiterdenkt, nicht Handeln verhindern will, sondern Handeln wirklich umsetzbar machen kann. Mit Blick auf die terms of trade und die internationale Arbeitsteilung gibt es natürlich die sogenannten komparativen Standortvorteile. Das heißt, an irgendeiner Stelle werden wir uns darauf einstellen müssen, daß anderswo andere Umweltvorkehrungen getroffen werden als bei uns. Es ist z. B. schwierig, jemandem, der am Meere liegt, die gleichen Reinigungsleistungen abzuverlangen. Mein portugiesischer Kollege hat mir mal gesagt, er hätte den größten Vorfluter vor der Haustür, den wolle er auch nutzen und wir hätten kleinere Vorfluter. Wir müßten mehr Kläranlagen bauen. Das sei unser komparativer Standortnachteil. Dafür hätten wir andere Vorteile und deswegen wollte er weniger klären. Und mein spanischer Kollege hat mir gesagt, warum sollten sie – die Spanier – denn SO<sub>2</sub> aus Kohlekraftwerken herausfiltern? Ihre Probleme mit den Wäldern seien nicht Waldschäden, sondern Waldbrände. Und das Geld, das wir in SO<sub>2</sub>-Filtertechnologien investieren, brauche er dringend, um etwas gegen Waldbrände zu tun. Komparative Standortunterschiede, die man leider Gottes an vielen Stellen vorgehalten bekommt, Unterschiede, die sehr viel weiter reichen. Wieviele sagen bei uns „Aber es muß doch jeder bei CO<sub>2</sub> stabilisieren oder zurückführen“. Die Pro-Kopf-Emission an CO<sub>2</sub> in Deutschland liegt bei 11 Tonnen, in Frankreich bei 7, in Spanien bei 5. Und deshalb sagen mir die Spanier: „komm' Du erst mal auf meine 5 Tonnen und dann stabilisieren wir gemeinsam“. Die CO<sub>2</sub>-Emission in der Dritten Welt liegt nicht bei 5 Tonnen, sondern bei unter einer Tonne. Und die sagen: „nun kommt ihr doch erst mal auf unser Niveau, dann könnt ihr von uns irgendwelche Stabilisierungsmaßnahmen wollen“.

Natürlich ist es unumgänglich notwendig, daß wir die Preissignale verändern, daß wir die Notwendigkeit erkennen, hier nicht mehr linear und Verantwortung abschiebend zu arbeiten, sondern daß wir die Verantwortungskreise wieder schließen. Kreislaufwirtschaft heißt Verantwortungsverlängerung. Jemand, der etwas produziert, muß für sein Produkt von der Wiege bis zur Bahre verantwortlich sein. Dann hat sich der Kreislauf der Verantwortung geschlossen und dann denkt er bei der ersten Produktentwicklung bereits daran, was mit dem Ding ist, wenn es Abfall wird. Wenn heute jemand ein Auto produziert, hat er an vieles zu denken, nur nicht daran, was mit dem Ding wird, wenn es Abfall wird. Von mir hat man immer erwartet, ich solle normieren, wie viele Kunststoffarten wir da drin haben. Wenn ich aber dem



Produzenten selbst die Verantwortung für den Abfall übergebe, hat er ein eigenes Interesse, ihn zu normieren, zu kennzeichnen und so einzusetzen, daß er die Kunststoffe hinterher hervorragend zurückgewinnen kann. Wenn ich das vorschreiben muß, ist das bestenfalls die zweitbeste Art. Zum Beispiel kriegen wir solche Vorschläge – und in Frankreich wird es ja auch gemacht – wie eine Abwrackprämie für Autos. Das ist so etwas wie die Wegwerfmentalität auf den Punkt gebracht. Daß mir die Automobilindustrie dankbar zuklatscht, wenn ich sage „ich mache eine Abwrackprämie“, wundert mich nicht. Für andere Bereiche gilt das natürlich auch, zum Beispiel für die Kühlschranksindustrie. Wenn ich sage: „Wollen Sie diese FCKW-haltigen Kühlschränke schnell weg kriegen? Wir machen eine Abwrackprämie für Kühlschränke“, dann kriege ich natürlich viel Beifall von dieser Wirtschaft. Und so könnte das in allen Bereichen sein. Ich kann auch eine Abwrackprämie für Heizungen machen.

Ich kann all diese Initiativen begründen, aber an irgendeiner Stelle muß man sich ja fragen, welche Grundüberzeugung dahinter steckt, wenn wir immer nur Massenkaukraft verstärken wollen. Mein Mitglied im Büro der CSD, der ehemalige polnische Umweltminister Nowicky hat mal gesagt, wir redeten in der UN immer über „changing the consumption pattern“ und immaterielles Wachstum. Aber wenn er dann in sein Hotel zurückgeht und den Fernseher anmacht, würde dort eigentlich immer nur für Konsum und nie gegen Konsum geworben. Er möchte gerne mal eine Werbestrategie gegen Konsum sehen.

Natürlich, wir müssen – was von Weizsäcker, Binswanger und viele andere gesagt haben – fragen, was wir als gesellschaftlich akzeptierte Externalitäten annehmen und was nicht. Darüber muß es einen Diskussionsprozeß geben. Wir werden nie dazu kommen, daß wir alle Externalitäten zu Internalitäten machen können. Das halte ich auch nicht mal für erstrebenswert. Aber wir müssen uns darüber klar werden, was wir als solche akzeptieren. Das schlimmste ist immer, daß man es gar nicht mehr weiß. Ich hätte also schon gerne einen Diskurs in unserer Gesellschaft über das, was wir denn wem als Negativum von unserem Wohlstand abgeben. Wenn wir darüber ein Stück weiterkämen, wäre es schon ein ganz wichtiger – und wie ich meine – notwendiger Prozeß.

Und ich muß mich natürlich fragen: wie kann ich den Prozeß über die Zeit steuern, mit welchen Instrumenten kann ich es machen? In diesem Zusammenhang sind steuerliche Lösungen oder eine Abgabenlösung sicher nicht die einzigen Wege. Wir haben natürlich ganz erhebliche Energiesteuern in Deutschland: eine Grundsumme von 90 Milliarden Mark Energiesteuer pro Jahr. Die Finanzminister von Bund und Ländern wären schnell am Ende wenn wir heute keine Energiesteuer hätten. Wir müssen uns auch fragen: wo und wie kann man dieses Instrument weiterentwickeln? Aber sich auf dieses Instrument zu beschränken, wäre mir ein Stück zu eng. Wir müssen über viele weitere Instrumente ebenfalls nachdenken. Zum Beispiel sollten wir, wo es geht, eine Rücknahmeverpflichtung für Produkte einführen. Damit hätten wir sofort erheblich internalisiert. Daß ein Unternehmen wie Aldi dagegen Sturm läuft, hat damit zu tun, daß eine ganze Unternehmensphilosophie darauf ausgerichtet

ist, Flächen für so etwas nicht vorzuhalten. Sie kriegen auf einmal eine völlig andere Verantwortlichkeit mit dazu. Bringt sogar zusätzliche Möglichkeiten der Arbeitsproduktion. Wir können auch sehr viel tun durch entsprechende Kennzeichnungs- und Informationsmöglichkeiten. Wenn wir eine sich ändernde Bewußtseinslage haben, können wir das für meine Begriffe gar nicht ausschließen. Und so geht es in den Instrumenten weiter.

Wir brauchen für die ökologische Veränderung Preissignale, aber wir können Veränderungen nicht nur durch Steuer und Abgaben, sondern durch viele andere Instrumente auch erreichen und sollten diese auch nutzen. Und ich bin sogar so altmodisch zu sagen, daß wir auch in Zukunft nicht weniger Ordnungsrecht brauchen, um zu internalisieren. Ich halte das wirklich für notwendig. Denn Sie müssen immer sehen: wenn Sie über Preise etwas steuern, haben Sie einmal die Reaktionszeiten und Sie haben das Problem der Preiselastizität der Nachfrage. Sie können das gegenwärtig an der Preiserhöhung beim Benzin nachvollziehen. In den Bereichen, die wir bisher erhöht haben, ist die Preiselastizität der Nachfrage Null. Anfang des letzten Jahres haben wir die Benzinpreise um 18,4 Pfennige brutto erhöht. Der Finanzminister hat natürlich  $18,4 \times 700$  Millionen gerechnet. Denn ein Pfennig bringt 700 Millionen und 18,4 wurde erhöht, also  $18,4 \times 700$ . Normalerweise würde man jetzt mit einer Reaktionskurve rechnen. Eigentlich müßte ja der erste Pfennig 700 Millionen bringen, aber vielleicht der zehnte nur noch 500 Millionen, weil sich eine Reaktion in der Nachfrage niederschlägt. Das war aber nicht so. Deswegen habe ich in meiner ganzen Zeit als Umweltminister nie gesagt, daß die Preiserhöhungen bisher ökologische Instrumente gewesen seien. Denn sie haben ja keine Reaktion gebracht. Hier taucht die alte Grundfrage auf, wann etwas in Signale übergeht und wann nicht.

Dennoch müssen wir es tun, weil wir ja auch die Anpassungszeiten haben. Ich komme hier auf die Kostenremanenz wieder zurück. Ich möchte dazu beitragen, daß ich neben dem Einsatz des Preisinstruments, bei dem ich nie genau sagen kann, wie die Reaktion ist, auch bei bestimmten Dingen sagen kann, daß sie gesetzlich nicht gestattet sind. Hier gibt es Ordnungsrechte. Ich bin 100 Prozent sicher, wir hätten keine SO<sub>2</sub>-Besteuerung durchbekommen, die eine gleiche Wirkung der Rückführung von SO<sub>2</sub> gehabt hat wie die Großfeuerungsanlagenverordnung mit klaren Grenzwerten von 400 mg es erreicht hat. Es ist überhaupt keine Frage, daß ich auf diese Art und Weise zwar zielgenauer, aber wohl auch teurer werde, weil das Instrument nicht intelligent genug ist. Über Preise geht das Signal natürlich auch in die Motivation und bewirkt deswegen sehr viel stärker und schneller eine wirkliche Veränderung von Technologien und nicht nur End-of-the-pipe-Techniken. Also auch hier ganz ohne jeden Zweifel Instrumente, die wir nicht aufgeben können. Wir brauchen diese Veränderung in Europa und wir brauchen sie als Aufgabe weltweit.

Von Europa ist die industrielle Revolution ausgegangen. Es wäre alles dranzusetzen, daß von Europa auch die Revolution der nachhaltigen Entwicklung ausgeht, also eine Revolution in Richtung auf eine verstärkte

Einbindung von abgewälzten Kosten und damit eine Veränderung von Technologien und von Verhalten. Wenn wir dies machen, haben wir mehr getan als nur für uns etwas verbessert, sondern wir haben auch einen Beitrag zur Abrüstung in der Welt geleistet. Wir haben den Rio-Prozeß als einen Zusammenarbeits- und Abrüstungsprozeß stabilisiert.

Dies ist gegenwärtig wirklich nicht überall zu erkennen, aber es ist gut, daß man sich zunehmend Gedanken macht. Daß z. B. die Niederlande schon ein Gutachten über „sustainable Netherlands“ vorgelegt haben, ist eine gute Sache. Daß wir, wenn ich es richtig weiß, beim Wuppertal Institut jetzt eine Studie im Auftrag von B.U.N.D. und Misereor haben, über ein „Sustainable Germany“ nachzudenken, ist eine gute Sache. Daß an vielen Stellen und in allen Ebenen darüber nachgedacht wird und Initiativen entstehen, ist hervorragend. Wenn ich hier Frau Weber, die Oberbürgermeisterin von Heidelberg sehe, kann ich ihr nur noch einmal gratulieren zu dem damaligen guten Kongreß in ihrer Stadt über die Frage, wie sustainable Citys möglich, wie die Beiträge von lokalen Gebietskörperschaften hier mit heranzuziehen sind. Ich werde in der nächsten Sitzung der CSD im April dieses Jahres zwei Tage fest reservieren für konkrete Beispiele von „Sustainability Strategien“ im nationalen und im kommunalen Bereich. Ich möchte einladen dazu, so etwas vorzustellen. Wir brauchen die regionalen Größen. Es war vor nicht langer Zeit eine sehr wichtige Ministerkonferenz der Mittelmeeranrainerstaaten zur Frage, wie kriegen wir so etwas hin wie eine „sustainable mediterranean region“. Ich möchte auch über das Bewußtsein ein Stück vorankommen, daß von Europa wirklich die Revolution nachhaltiger Entwicklung ausgeht, daß wir nicht der Meinung sind, sustainability sei die Forderung an die sich entwickelnden Staaten im Süden, sondern sustainability ist die Forderung an die hochentwickelten Staaten im Norden.